

Christen im Tschad

Dialog ist Frage des Überlebens

Die Regierung des Tschad wird immer autoritärer und gefährdet den Frieden zwischen den Religionen. Die Europäer hofieren den Präsidenten Idriss Déby trotzdem. Weil sie auf ihn angewiesen sind. **VON KLAUS VELLGUTH**

Der Tschad ist das fünftgrößte Land Afrikas. Der Binnenstaat grenzt im Norden an Libyen, im Westen an Niger, Nigeria und Kamerun, im Süden an die Zentralafrikanische Republik und im Osten an den Sudan. Obwohl der Tschad aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Afrikas im Zentrum geopolitischer und geostrategischer Interessen steht, scheint die Bevölkerung des Landes von der Weltgemeinschaft vergessen worden zu sein.

15 Millionen Menschen leben heute im Tschad in ökonomisch prekären Verhältnissen. Ein afrikanischer Vielvölkerstaat, der das Konstrukt kolonialer Grenzziehungen ist: Infolge der Berliner Konferenz von 1885 wurde das Gebiet zur französischen Kolonie erklärt. Die Bevölkerung setzt sich aus fast 200 verschiedenen Ethnien mit ihren eigenen Sprachen oder Dialekten zusammen. Die Sara bilden die größte Volksgruppe, es folgen die (Tschad-)Araber, die Kanembu, Bornu, Buduma, Wadai, Maba, Massalit, Mimi, die Gorane und die Massa, Musseje und Musgum. Bei den verschiedenen ethnischen Gruppen wird einerseits zwischen arabisierten und islamisierten Völkern und andererseits christlich-animistischen Gruppen differenziert.

Die Verwurzelung der Bevölkerung in ihren traditionellen Kulturen schenkt ihnen einerseits Heimat, ist zum anderen aber auch problematisch: Bis heute stellt beispielsweise die weibliche Beschneidung eine Herausforderung im Tschad dar - fast die Hälfte der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 50 Jahren ist beschnitten. Vor allem in den östlichen und südlichen Landesteilen werden verschiedene Formen der Genitalbeschneidung bis hin zur

Genitalverstümmelung (Infibulation) praktiziert.

Die Lebensbedingungen der 15 Millionen Menschen im Tschad sind schon mit Blick auf das Klima herausfordernd. Über weite Teile des Nordens erstrecken sich trockene Wüsten der Sahara, woran sich Dornstrauch- und Trockensavannen des Sahels und des Sudans anschließen. Nur die südlichen Teile des Landes, in denen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt, sind von fruchtbaren Regionen („Tschad utile“) und Trockenwäldern geprägt. Dort haben sich auch die großen Städte des Landes gebildet: N'Djamena, Moundou, Sarh, Abéché, Mongo und Biltine. Doch die Wirtschaftskraft der Städte ist gering. Der Tschad ist neben Somalia und Sierra Leone weltweit das einzige Land, in dem die Mehrheit des Bruttoinlandsprodukts heute noch im Agrarsektor erwirtschaftet wird: Neben der Subsistenzwirtschaft werden im Süden des Landes Erdnüsse, Baumwolle, Reis, Tabak, Getreide und Gemüse angebaut. 90 Prozent der Bevölkerung lebt von den Erträgen der Landwirtschaft.

Kaum vorstellbar, wie viel Gewalt ein Land ertragen muss

Umso gravierender ist die mit dem Klimawandel verbundene Ausdehnung der Wüsten nach Süden, die der Bevölkerung wertvolle Anbauflächen raubt. Dürreperioden, Ernteausfälle und ein die Geschichte des Landes überschattender jahrzehntelanger Bürgerkrieg sind für die wirtschaftlich desaströse Situation des Tschad verantwortlich. Daran konnten auch der mit großen Erwartungen verbundene Einstieg des Landes in die Erdölförderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts und der vorüber-

gehende Wirtschaftsaufschwung bislang nichts ändern. Nur ein ganz kleiner Teil der Gesellschaft profitiert von dem Geschäft. Zwar betragen die Erdöleinnahmen des Landes inzwischen 70 Prozent der staatlichen Haushaltsmittel, doch hat nicht zuletzt der sinkende Ölpreis wesentlich zur wirtschaftlichen Destabilisierung des Landes und zu sozialen Konflikten beigetragen. Auch im Tschad öffnet sich dabei die Schere zwischen Arm und Reich. Korruption, politische Instabilität und hohe Energiekosten sind nur einige Ursachen dafür, dass bedeutende Bodenschätze wie Uran, Gold, Zinn, Wolfram und Bauxit insbesondere im Norden des Landes nicht erschlossen werden.

Der Tschad teilt dieses Schicksal mit anderen Ländern in der Sahelregion. Zentralafrika ist, so zeigt ein Blick auf den Human Development Index, das Armenhaus der Welt. Mit der Zentralafrikanischen Republik, Niger und dem Tschad rangieren drei zentralafrikanische Nachbarländer am Ende des insgesamt 188 Länder umfassenden Armutsindex. Sowohl der Tschad als auch seine Nachbarländer gelten als schwache Staaten, die von gewaltsamen Konflikten, bewaffneten Oppositionsgruppen oder religiösen Fundamentalisten destabilisiert werden. Kaum vorstellbar, wie viel Gewalt ein Land ertragen muss: In der jüngeren Geschichte des Tschad waren mehr als 45 Jahre seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 von Kriegen und bewaffneten Konflikten geprägt.

Präsident *Idriss Déby*, der zuletzt im April 2016 im Amt bestätigt worden ist, unterdrückt jegliche Opposition. Vor und nach den Wahlen kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Seit Beginn



Klaus Vellguth

wurde 1965 geboren.

Er ist Professor für Missionswissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar, Leiter der Abteilung „Theologische Grundlagen“ sowie Leiter der Stabsstelle „Marketing“ von Missio und Schriftleiter des „Anzeigers für die Seelsorge“.

seiner neuen Amtszeit vor zwei Jahren verkündete Déby zahlreiche Sparmaßnahmen, um die maroden Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Dies führte dazu, dass die Gehälter im Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungssektor teilweise nur mit mehrmonatiger Verspätung ausgezahlt werden konnten. Das trug natürlich zu einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung und einem teilweisen Erliegen des öffentlichen Lebens bei. Eine große Herausforderung stellt das jährliche Bevölkerungswachstum von fast vier Prozent dar. Es wird zu einer Verdoppelung der Bevölkerung in weniger als 20 Jahren führen. Parallel dazu wird der Klimawandel den Tschad ebenso wie die übrigen Länder Zentralafrikas in besonderer Weise treffen. Erschreckend deutlich werden die Auswirkungen der klimatischen Veränderungen an der Entwicklung des Tschadsees. Der Binnensee, der dem Land seinen Namen gab und in der Sprache der Buduma „Großes Wasser“ bedeutet, ist in den vergangenen Jahren auf ein Zwanzigstel seiner ursprünglichen Fläche zurückgegangen. 95 Prozent des Wasserreservoirs sind schlicht verdunstet.

Der Tschad ist eigentlich von einer friedlichen Koexistenz der Religionen geprägt. Bereits in der Präambel der Verfassung bekennt sich das Land zum Pluralismus und zu der Absicht, „in Achtung der ethnischen, religiösen, regionalen und kulturellen Vielfalt zusammenzuleben“. Als ehemals französische Kolonie ist die Verfassung des Landes vom Gedanken der Laizität geprägt, die in Artikel 5 der Verfassung explizit benannt wird, und garantiert zumindest formal die Religionsfreiheit. Fast 60 Prozent der Bevölkerung im Tschad sind Muslime, 34 Prozent Christen, zwei Prozent ohne Bekenntnis und vier Prozent Anhänger der sogenannten Traditionellen Afrikanischen Religionen. Allerdings ist der in den Traditionellen Afrikanischen Religionen beheimatete Animismus nicht auf diesen relativ kleinen Bevölkerungsanteil beschränkt. Auch unter den Muslimen und Christen finden sich zahlreiche Anhänger animistischer Praktiken.

Der emeritierte Erzbischof von N'Djamena, *Charles Vandame*, schreibt: „Hundert Prozent der Tschader gehören den traditionellen afrikanischen Religionen an, selbst wenn es ihnen nicht bewusst ist, denn sie ist Bestandteil der Luft, die man atmet“. In diesem spitz formulierten Zitat drückt sich die Erkenntnis aus, dass die Menschen im Tschad tief in ihrer traditionellen Kultur verwurzelt sind und so oftmals eine durch die afrikanische Kultur und durch die erworbene Religion geprägte doppelte religiöse Identität entwickeln.

Bei den Muslimen orientiert sich die Mehrheit am Sufi-Islam. Allerdings kommt es hier infolge von Migration zu einer Verschiebung. Arbeitsmigranten, Studenten und Händler bringen aus den Golfstaaten einen Islam ins Land, der wesentlich vom Islam saudi-arabischer Prägung beeinflusst ist. Insgesamt 17 Prozent der Muslime im Tschad bekennen sich bereits zu einem salafistisch geprägten Islam.

Das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten ist ausgewogen: Den 18 Prozent Katholiken stehen 16 Prozent Protestanten gegenüber. Die Geschichte der katholischen Kirche im Tschad ist vergleichsweise jung. Auch wenn der Süden des Tschad Teil des 1846 geschaffenen Apostolischen Vikariats Zentralafrika war und der Norden zum 1913 gegründeten Apostolischen Vikariat Kartum gehörte, begann die eigentliche Missionstätigkeit im Tschad aufgrund der gigantischen Entfernungen und der Rivalitäten zwischen den Kolonialmächten erst im Jahr 1929. Heute gliedert sich die Kirche im Tschad in die Erzdiözese N'Djamena, die sechs Diözesen Moundou, Sarh, Pala, Doba, Goré und Lai sowie das Apostolische Vikariat Mongo. 250 Priester, 530 Ordensschwestern und 40 Ordensbrüder sind in dem Land tätig.

Der Tschad leidet unter den Gewaltanschlägen der Terrormiliz Boko Haram. Auch wenn die Armeen des Tschad, Nigerias und Kameruns gegen die Terroristen jeweils auf ihren Territorien vorgehen, konnten zahlreiche Anschläge, gerade auch in den Grenzregionen, nicht verhindert werden. Im Jahr 2015 verübten die Islamisten einen Selbstmordanschlag in der Hauptstadt N'Djamena, es folgten weitere Anschläge in der Region des Tschadsees, wo die Regierung aufgrund der Terroranschläge den Ausnahmezustand verhängt hat. Die Bedrohung und Destabilisierung weiter Regionen West- und Zentralafrikas durch die Islamisten hat Menschen in die Flucht geschlagen – der Tschad ist davon wesentlich betroffen. Allein die Angst vor Boko Haram hat 130 000 Binnenflüchtlinge im Tschad und 10 000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern heimatlos gemacht, die nun entwurzelt im Tschad leben und auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Europa betrachtet die autoritäre Regierung als wichtigen Partner

Der Tschad ist einer der strategischen Partner gegen die Terrormilizen von Boko Haram, der sich früh den Kampf gegen die Ausbreitung des Islamismus auf seine Fahne geschrieben hat. Bereits seit dem Jahr 2013 beteiligt sich der Tschad mit 2000 Soldaten an der UN-Friedensmission in

Mali, um den Einfluss der salafistischen al-Qaida im Maghreb zu bekämpfen.

Um den Terror der islamistischen Terrormilizen einzudämmen, hat sich der Tschad im Jahr 2017 auch der gemeinsamen militärischen Eingreiftruppe der Sahel-Staaten angeschlossen. Mit Burkina Faso, Mauretanien, Mali, Niger und Tschad gehören fünf Länder zu diesem militärischen Bündnis, das mittelfristig 5000 Soldaten zählen soll und seinen Hauptsitz in Bamako (Mali) hat. Es ergänzt das Engagement der im Jahr 2014 von Frankreich initiierten Anti-Terror-Mission „Barkhane“, die ebenfalls von den fünf Sahel-Staaten getragen wird und ihren Hauptsitz in N'Djamena hat. Das Engagement des Tschad gegen den Islamismus trägt wesentlich dazu bei, dass die Regierung von Idriss Déby ungeachtet ihrer offensichtlichen Missachtung demokratischer Prinzipien vom Ausland gestützt wird. Insbesondere die Europäische Union und Frankreich betrachten

Déby als einen der wichtigsten Verbündeten in Afrika im Kampf gegen den Dschihadismus und sehen ihm seine autokratische Façon nach.

Auch wenn sich die Regierung des Tschad dem Islamismus entgegenstellt, gewinnt der politische Islam an Einfluss. Ein Viertel der Muslime spricht sich für die Gründung einer religiösen Partei aus und plädiert für die Einführung der Scharia. Die Gründung einer religiösen Partei wird allerdings durch das in der Verfassung verankerte Prinzip des Laizismus verhindert. Dieser Laizismus war ursprünglich in Frankreich als Mittel zum Schutz gegen die Einflussnahme der katholischen Kirche auf den Staat konzipiert worden und gewinnt nun in West- und Zentralafrika Bedeutung im Kampf gegen den politisierten Islamismus. Insgesamt ist aber die religiöse Koexistenz auch im Tschad heute fragil, der Laizismus als Garant eines friedlichen Miteinanders verschiedener Religionsgemeinschaften gefährdet. Für öffentliche Proteste sorgte im Mai 2018 die Anordnung, dass die designierten Minister der neuen Regierung von Präsident Déby, der zuvor eine

ihm umfassende Macht einräumende Vierte Republik ausgerufen hatte, einen Amtseid auf „Allah, den Allmächtigen“ abzulegen hätten. Ein Affront insbesondere für die christlichen Kandidaten, die in ein Ministeramt berufen wurden. Erst nach öffentlichen Protesten und dem Verweis auf die laizistische Tradition wurde der christlichen Ministerin *Madeleine Alingué* zugestanden, ihren Eid nicht auf Allah, sondern auf „Gott, den Allmächtigen“ abzulegen. Andere Minister folgten diesem Beispiel.

Was sich wie eine Bagatelle liest, ist ein religiöses Politikum im Tschad. Präsident Déby hatte die katholische

Bischofskonferenz ebenso wie die protestantischen Kirchen und den Obersten Rat für Islamische Angelegenheiten aufgefordert, gemeinsam eine Eidesformel auszuarbeiten. Mit Blick auf das laizistische Selbstverständnis des Staates bzw. mit Verweis auf biblische Aussagen, die sich

gegen Eide aussprechen, verweigeren Vertreter der christlichen Kirchen eine solche Ausarbeitung. Als Reaktion übernahm Déby einfach die Eidesformel, die die muslimischen Autoritäten im Alleingang ausgearbeitet hatten.

Trotz solcher Auseinandersetzungen ist Déby daran gelegen, dass seine Präsidentschaft nach außen hin als religiös ausgeglichen wahrgenommen wird. Regelmäßig empfängt er unterschiedlichste religiöse Delegationen. Auch tritt er immer wieder bei dem von den Religionsgemeinschaften organisierten Nationalen Gebets- und Versöhnungstag auf. Interreligiöse Begegnungen und gegenseitiger Respekt sind wichtige Pfeiler für die religiöse Koexistenz im Tschad. Die religiösen Führer des Landes versuchen, Beispiele für ein respektvolles Miteinander vorzuleben, wenn muslimische und christliche Religionsführer die religiösen Feiertage wie Weihnachten oder das Ende des Ramadan miteinander feiern.

Darüber hinaus wird der interreligiöse Dialog von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen. Um den Dialog zu fördern, nahm im Jahr 2017 die Arbeitsgruppe Demokratie und Frie-

densförderung im Tschad (*Groupe de Réflexion sur la Démocratie et la Promotion de la Paix du Tchad – GRPPDT*) ihre Arbeit auf und organisierte landesweit Friedensforen mit Politikern, religiösen Akteuren, Frauen und Jugendlichen. Auf ein längeres Bestehen kann die Gruppe für interreligiösen Dialog (*Groupe de Dialogue Interreligieux – GDIR*) zurückblicken, die bereits im Jahr 2005 gegründet wurde. Sie wendet sich mit ihren Kampagnen zur Friedenserziehung an christliche und muslimische Schüler und Studierende.

Ein ermutigendes Beispiel ist auch die Initiative des Büros für christlich-muslimische Begegnung (*Bureau de la Rencontre Chrétien-Musulman – BDRCM*), das im Jahr 2008 eine interkonfessionelle Plattform unter Beteiligung des Conseil Supérieur des Affaires Islamiques (CSAI), der Entente des Eglises et Missions Evangéliques au Tchad (EEMET) und der katholischen Kirche etablierte.

„Eintritt in die tiefgreifende Dynamik der Mission des Sohnes“

Gerade für Christen liegt die Motivation für den interreligiösen Dialog in ihrem religiösen Selbstverständnis begründet. *Henri Coudray*, Apostolischer Präfekt der Diözese Mongo, hebt hervor, dass Dialog nicht allein eine Frage des guten Willens ist, sondern eine Pflicht jedes Christen darstellt. Er verweist auf das trinitätstheologische Fundament des interreligiösen Dialogs – auch im Tschad: „Der Dialog ist eine interne Notwendigkeit der Mission der Kirche; er ist Eintritt in und Beteiligung am trinitarischen Austausch, er ist Eintritt in die tiefgreifende Dynamik der Mission des Sohnes.“ Der Dialog ist aber letztlich auch im Tschad nicht nur eine interne christliche Notwendigkeit, sondern auch eine Frage des gemeinsamen religionsverbindenden Lebens und Überlebens. Mit ihrem Engagement für den interreligiösen Dialog setzen sich die Vertreter der christlichen Kirchen ebenso wie die Vertreter des Islam für eine friedliche Koexistenz in dem zentralafrikanischen Staat ein. Bei allen Differenzen ist den gemäßigten religiösen Führern bewusst, dass die Zukunft ihres Landes nur im gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Engagement gestaltet werden kann. ■

Die religiöse Koexistenz ist fragil, der Laizismus als Garant des friedlichen Miteinanders ist gefährdet.